



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Koch, P.: Neupolens wirtschaftliche Kräfte

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weltmächte lebendig erhalten. Mir will scheinen, daß dies Programm einen Weg weise zu den Zielen, die Herr von Rheinbaben in seiner „Aktiven Auslandspolitik“ dem deutschen Volke aufgerichtet hat und daß in diesem Programm die Gewähr liegt, für eine friedliche Entwicklung auf dem Kontinent durch Jahrzehnte, da die Staaten durch die Kontrolle der verschiedenen Auslandschulen sich gegenseitig am tiefsten vom Fühlen und Denken der Nachbarvölker unterrichten könnten.



Neupolens wirtschaftliche Kräfte

Von P. Koch, Geh. Adm.-Rat a. D.



bergesen ist mir noch heut, wie wir am 3. Juli 1862 in Posen zum erstenmal unseren Einzug hielten. In den Monatsblättern „Aus dem Posener Lande“ habe ich es einst geschildert, wie dicht vor dem Fachwerkbau des Bahnhofes die Droschke über die Gleise holperte, wie Windmühlen und ländliche Häuser den Weg zu der düstern Wölbung des Berliner Tors geleiteten, und wie jenseits desselben die übelriechende Gasse in der Mitte der St. Martinstraße sich breit machte. Zur Rechten stand das niedere Zollhaus, wo das Gepäck der Reisenden an russische Verhältnisse erinnernde Ausspannung „Zum goldenen Lamm“, und doch bot sich in dem Baumschmuck der Wilhelmstraße, dem Paradeplatz, dem Neustädtischen Markt und in den Kugelakazien vor der stattlichen Hauptwache am Altmarkt ein merkllicher Abstand gegen das Städtchen in Westpreußen, das bis dahin meines Vaters Amtsbesitz gewesen; Anzeichen überall, daß der Vorort der Provinz im Aufstreben begriffen und daß zielbewußte deutsche Arbeit ernstlich willens war, mit polnischer Gleichgültigkeit und Armseligkeit aufzuräumen.

Wie anders das Bild, als ich Posen kurz vor dem Kriege zum letztenmal besuchte. Verschwunden das Berliner Tor und die Wälle; an ihrem Platz das mächtig aufstrebende Kaiserschloß. Drüben, hinter den in großzügigen Linien sich erstreckenden Anlagen, das stolze Theater, der Bau der Akademie, das Dienstgebäude der Ansiedlungskommission, hinter dem meines Vaters schönstes Werk, die Paulikirche, klein erschien, das Ganze ein glanzvolles Zeugnis für den Sieg, den das Deutschtum in der Ostmark erfochten hatte, und der fest und sicher für alle Zeiten begründet schien.

Nimmer hätten wir geglaubt, wenn die Polen ihr schwermütiges: „Noch ist Polen nicht verloren“ sangen, daß wir selbst noch das Wiederaufstehen des seit einem Jahrhundert von der Weltkarte verschwundenen Reiches erleben würden. Und doch allzu sehr mit Recht hatte der Herausgeber der Grenzboten bei der Einweihung des Schlosses, als der Kaiser die Stadt Posen zur Residenz erhob, gerügt, daß zu einer Siegesfeier kein Anlaß vorlag. Während das Schloß erstand, hatten die polnischen Bauleute erklärt: „Wir bauen die Burg dem künftigen König von Polen.“ Dem Vaterlandsfreund war es von Anfang an klar, daß nichts so sehr geeignet war, den Groll der Unterdrückten neu anzufachen, als der Bau dieser Zwingsburg, und daß sie immer einen Zankapfel bilden mußte zwischen dem polnischen Adel und der deutschen „Gesellschaft“, zumal wenn ein kaiserlicher Prinz berufen wurde, dort Hof zu halten. Nun ist alles vorüber, und die Deutschen mögen im Hofe des Kaiserschlosses stehen im Büßergewand, wie einst Kaiser Heinrich vor päpstlichem Übermut in Canossa.

Wohl hoffen wir auf die ewige Gerechtigkeit, und darauf, daß mit dem Versailler Frieden über das Schicksal unserer Ostmark nicht für alle Zeiten das letzte Wort gesprochen ist, inzwischen aber müssen wir uns darüber klar sein, daß der Pole uns alles entgelten lassen wird, was er in Wirklichkeit oder seiner Meinung nach übles unter deutscher Herrschaft erfahren mußte; an uns aber ist es, uns darüber klar zu werden, was wir in Wahrheit jetzt verloren haben, und inwieweit die Ergebnisse der deutschen Arbeit, die in den uns jetzt genommenen Gebieten geleistet wurde, geeignet sind, das polnische Rüstzeug zu verstärken, inwieweit das neue Gebilde Dauer verspricht, und ob dieses Staatswesen, bei der Art zumal, wie es in den Kreis der Mächte sich einführte, in der Lage sein wird, seine Lasten zu tragen, und seinen Bürgern ein Dasein zu schaffen, indem sie ihrem Tagwerk getrostes Mutes nachgehen und ihres Lebens froh werden können.

Als die erste und wichtigste Frage tritt uns entgegen, ob das Deutschtum, von seinen Wurzeln losgerissen, Bestand haben und in der Lage sein wird, die Prüfungszeit zu überdauern, bis nach Menschenaltern einmal eine neue Wandlung eintritt, und eine vierte Teilung Polens diesem Reiche, das nach unserer Meinung jetzt schon einem steuerlosen Schiffe gleicht, ein endgültiges Ende macht.

Stolz berühmte sich die Ansiedlungskommission, als sie auf eine zwanzigjährige Arbeit zurückblickte, ihrer Erfolge, wir aber erinnern uns jener Dambberger, die im achtzehnten Jahrhundert in den durch Seuchen verödeten Dörfern um Posen herum ange siedelt wurden, und die im Verlauf des neunzehnten so vollständig zu Polen wurden, daß nur noch die verunstalteten süddeutschen Namen und die Tracht der Frauen an Festtagen an ihre längst vergessene Herkunft erinnerten.¹⁾ Schon unter deutscher Herrschaft wußte das unbeirrte, zielbewußte Vorgehen des Probstes, das heut von diesem, morgen von jenem Wind getriebene Verhalten der preußischen Regierung für seine Zwecke nutzbar zu machen, ungeschickte Mißgriffe taten immer wieder das ihre, diese gänzlich rücksichtslose Ministerarbeit zu fördern, und gar keinem Zweifel kann es unterliegen, daß die polnische Regierung alles daran setzen wird, die Arbeit der Geistlichkeit darin zu unterstützen, wenn sie die Gewissensnot der katholischen Ansiedler unter den Frauen zumal dazu ausnützt, sie unter das polnische Joch zu zwingen. Wie viel die Überhebung der angeblichen „Kenner des Polentums“ im Posener Land dazu beigetragen hat, das Deutschtum außerhalb der Provinz über die wahre Lage der Dinge zu täuschen, hat Moritz Jaffe in seiner vortrefflichen Geschichte der „Stadt Posen unter preußischer Herrschaft“ einleuchtend dargetan, und wie sehr die Kurzsichtigkeit politischer Heißsporne die Verbitterung immer von neuem aufstachelte, möge man nachlesen in dem gemeinsamen Werk von Zizlaff Vosberg und Karpinski: „Preußische Städte im Gebiet des polnischen Nationalitätenkampfes“ — Leipzig bei Duncker und Humblot 1909. — Daß das preußische Beamtentum nicht dazu geeignet war, „der eigentliche Träger der deutschen Kolonisation und Verteidigung im Osten“ zu werden, mußte jeder, der an diese Fragen ohne Verblendung herantrat, und daß die völlige Verdrängung des Polentums aus der städtischen Verwaltung der Bischofsstadt Gnesen einen Pyrrhussieg bedeutete, mußte jedem klar sein, der einigermaßen einen Einblick in die Volksseele der Polen und ihre „heilige Liebe zum teuren Vaterlande“ gewonnen hatte.

Indessen unsere Absicht ist nicht, in eine Wägung der „Imponderabilien“ einzutreten, wir wollen vielmehr versuchen, an der Hand der erreichbaren Zahlen zu prüfen, auf welchen wirtschaftlichen Grundlagen das neue polnische Staatswesen sich aufbaut, und mit welchen Hilfsmitteln es zu rechnen hat, um die Lasten zu tragen, die aus seinen Aufgaben ihm erwachsen, wobei zu berücksichtigen ist, daß man im polnischen Lager offenbar darauf rechnet, die neuerrungene Selbstständigkeit gegen den Angriff nicht nur von zwei Fronten verteidigen zu müssen.

Das neue Polenreich setzt sich zusammen aus dem alten Kongreßpolen, das die Russen ihr Weichselgebiet nannten, aus der preußischen Provinz Posen, dem

¹⁾ Vergl. Dr. Max Bär: Die Dambberger bei Posen. Zeitschrift für Geschichte und Landeskunde der Provinz Posen. Posen 1882.

größten Teil von Westpreußen, und, wie zu befürchten, aus den für uns wichtigsten Teilen von Oberschlesien. Wir setzen den ungünstigsten Fall, daß die bevorstehende Volksabstimmung ein polnisches Übergewicht erbringt, und wollen die Gesamtheit der Hilfsmittel der für die Abtretung in Frage kommenden Gebiete zugunsten des neuen Polenreiches in Rechnung stellen, was um so mehr zulässig erscheint, als für eine Vergliederung der Zahlen keine brauchbaren Anhaltspunkte zur Verfügung stehen.

Bleiben wir zunächst die Provinz Posen in Betracht, so handelt es sich um die Abtretung von rund 29 000 Quadratkilometern mit etwa 1,9 Millionen Einwohnern. An großen Städten verlieren wir Posen mit zurzeit etwa 160 000, Bromberg mit 58 000, Gnesen mit 50 000 Einwohnern und Hohensalza mit etwa der gleichen Einwohnerziffer. Die übrigen zahlreichen Städte und Städtchen verdienen nicht eine Hervorhebung, denn noch heute wohnt die überwiegende Zahl der in der Provinz Ansässigen in ländlichen Gemeinden, die, fast 5000 an der Zahl, mehr als 73 Prozent der sämtlichen Bewohner der Provinz aufnehmen. Von der Bevölkerung gehören 1,4 Millionen der römisch-katholischen Religion an, die man fast durchweg dem Polentum wird zurechnen müssen. Damit wird zugleich die Bevölkerung des platten Landes gekennzeichnet, die, abgesehen von den durch das Ansiedlungswerk in das Land gekommenen Deutschen, fast durchweg das Polnische als ihre Muttersprache redet. Das Deutschtum, das im Regierungsbezirk Bromberg überwiegt, ist zumeist in den Städten vereinigt, auf dem platten Lande findet es sich, abgesehen von den Ansiedlungsdörfern und einigen wenigen versprengten evangelischen Bauern hauptsächlich unter den Gutsherrn, in kleineren Städten unter den Beamten, Kaufleuten und Handwerfern, überall also in der Minderzahl zwischen einer überwiegend polnischen Umgebung. Das evangelische Religionsbekenntnis wird zumeist eine ausreichende Deckung für die Erhaltung des Deutschtums bilden; die Juden, die trotz ihrer geringen Zahl einen überwiegenden Einfluß auf das Wirtschaftsleben der Provinz ausüben, mögen zwar in ihren begüterten Schichten an ihrem von den Vätern überkommenen Deutschtum festhalten, die ärmeren Juden in den kleinen Städten dagegen haben dieselben internationalen Eigenschaften, wie ihre Glaubensgenossen in Rußisch-Polen, und werden, wenn sie sich auch neutral verhalten, als Stützen deutschen Wesens nicht angesehen werden dürfen. Wer das Posener Land wirklich kannte, dem war es trotz aller Erfolge der Ansiedlung vollkommen klar, daß es, abgesehen von den westlichen und nördlichen Bezirken, also der Bromberger und Schweriner Gegend, als deutsches Land nicht angesehen werden konnte; die Erfolge der Ausbreitung des Deutschtums unter den Polen waren durchaus verschwindend, denn in seiner Religiosität wie in seinem Nationalbewußtsein war der Pole dem Deutschen allezeit überlegen, und es wäre besser gewesen, wenn die Deutschen in dieser Beziehung von ihrem polnischen Nachbarn hätten lernen wollen.

Wie aus der Verteilung der Bevölkerung sich ergibt, war die Betätigung der Einwohner der uns jetzt verlorenen Provinz überwiegend der Landwirtschaft zugewandt, und in der Ernährung der uns verbliebenen Bevölkerung werden wir die hieraus sich ergebende Einbuße in nicht geringem Maße empfinden müssen. Von den landwirtschaftlich genutzten 21 000 Quadratkilometern entfielen 18 500 rund auf Acker- und Gartenland, daneben wurden rund 5800 Quadratkilometer als Forstflächen benutzt. Der Rest setzte sich zusammen aus Wohnplätzen, Wegen und Unland. Von den Ackerflächen nahmen der Getreidebau 67 Prozent, die Hackfrüchte rund 23 Prozent, Wiesen- und Futterpflanzen rund 9 Prozent für sich in Anspruch. Die Bewirtschaftung des vielfach sehr armen Bodens durfte überall eine intensive genannt werden, nachdem die reichlich angewandte Drainage auch die ungünstigeren Lagen ertragfähig gemacht hatte. Lebte noch vor etwa fünfzig Jahren der polnische Bauer in armseliger Verkommenheit, aus der ihn der weitverbreitete Suff nicht herauskommen ließ, so ist dies in den letzten Jahrzehnten anders geworden. Dem Einfluß der Geistlichkeit ist es hoch anzurechnen, daß sie

den Bauern des Schnapfes entwöhnte; diese nahmen sich die Betriebsamkeit der in das Land gekommenen Ansiedler zum Vorbild, und wer nach längerer Abwesenheit in das Land zurückkehrte, mußte mit vollem Staunen anerkennen, daß zwischen dem polnischen und deutschen Bauernhöfen kein Unterschied mehr obwaltete. Den Bodenverhältnissen entsprechend übermog der Anbau des Roggens, der mehr als ein Drittel der verfügbaren Fläche für sich in Anspruch nahm, fast ein Sechstel war mit Kartoffeln bestellt, während für den Anbau von Zuckerrüben nur das sogenannte Sinjarim, die fruchtbaren Gegenden um Hohensalza und Strelno, im südöstlichen Zipfel der Provinz, in Betracht kamen. Erwähnung erfordert noch der Hopfenbau in der Gegend von Neutomischel, der in einer umfangreichen Ausfuhr für das deutsche Wirtschaftsleben zur Geltung kam, und in Belgien, England und Frankreich, sowie in den Vereinigten Staaten mit Millionenbeträgen Abnehmer fand. Von den im Posener Lande erzeugten Kartoffeln würden sechs Millionen Menschen nach den Verbrauchsberechnungen des statistischen Jahrbuches ernährt werden können, davon beansprucht die Provinz selber nicht ganz den dritten Teil. Nimmt man an, daß für ebensoviel Nahrung heischende Mäuler Kartoffeln jenseits der neuen Grenze zurückbehalten werden, da ja Russisch-Polen einer Einfuhr an Nahrungsmitteln bedürftig war, so würden doch noch immer rund 15 Millionen Zentner zur Ausfuhr über die Westgrenze übrig bleiben, und die Landesregierung wird kaum ein Interesse daran haben, diese zu hindern, da sie immerhin für die Bilanz der Gesamtheit nicht ohne Bedeutung sein würde. Die Roggenerzeugung würde für sieben Millionen Menschen ausreichen, es würde also hier für Eigenbedarf und Ausfuhrmöglichkeit ungefähr das gleiche Verhältnis obwalten. Die bisherige Lieferung von Schlachtvieh aus der Provinz Posen nach Berlin und bis Hamburg und Köln dürfte unter den nunmehrigen politischen Verhältnissen kaum eine Änderung erfahren, zumal die Notwendigkeiten des Staatsbedarfes den internationalen Neigungen des Handels zu Hilfe kommen werden, ebenso dürfte die polnische Regierung die Pferdeaufzucht in den königlichen Gestüten zu Zirke und Gnesen fortsetzen, indem sie auf diese lohnende Einnahmequelle schwerlich wird verzichten wollen. Die in Betracht kommenden Ziffern der Viehhaltung im Posener Lande wolle man im Preussischen Statistischen Jahrbuch nachlesen.

Hinter der Bedeutung der Landwirtschaft für das Erwerbsleben des uns verlorenen Gebiets trat die industrielle Entwicklung verhältnismäßig zurück, wenngleich sie im Laufe der letzten fünfzig Jahre beträchtliche Fortschritte gemacht und einige Zweige der Gütererzeugung zu hoher Blüte gebracht hatte. Für den Weltmarkt lieferten von jeher die Posener Likörfabriken, wenn auch der Kenner den Danziger Erzeugnissen vor den auf dem Kartoffelbranntwein beruhenden Schnäpsen von Hartwig Kantorowicz den Vorzug gab. Auch das Gräzer Bier hatte einen Weltruf, und das in den dortigen Brauereien tätige Kapital wird keinen Anlaß haben, in bezug auf seine Absatzmärkte einen Wandel anzustreben. Neben diesen Betrieben spielt die in zwanzig größeren Fabriken tätige Zuckerindustrie eine erhebliche Rolle, die in einer Erzeugung von mehr als zwei Millionen zu einem erheblichen Teil zur Ausfuhr bestimmten Doppelzentnern Rohzucker zum Ausdruck kam. Zwanzig weitere Betriebe waren der Stärke- und Stärkezuckerfabrikation gewidmet.

Die wichtigsten Unternehmungen des Posener Gewerbefleißes, die Herstellung von Mauersteinen, Dachziegeln und Drainrohren, denen sich später die Anfertigung von Ofenfacheln hinzugesellte, kamen für den auswärtigen Handel nicht in Betracht, da die Frachtkosten den Umsatz auf weitere Entfernungen Grenzen zogen, daneben wurde der Abbau von Braunkohlen und die Gewinnung von Eisen aus den hier und da vorkommenden Rasenerzen betrieben, doch kam den hierher gehörigen Unternehmungen keine größere Bedeutung zu. Die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate diente vornehmlich dem örtlichen Bedarf der Landwirtschaft, sowie der Brauereien und Brennereien; dementsprechend finden sich derartige Unternehmungen auch in den kleineren Städten wie Obornik, Rogasen und

Wongrowitz, doch können diese als Hilfsquellen des staatlichen Steuerbedarfs kaum eine Bedeutung in Anspruch nehmen.

Umfangreich war entsprechend dem vorhandenen Waldreichtum der Holzhandel und die Industrie der Holzstoffe. Die Erzeugnisse der Forstwirtschaft fanden Absatz nach Berlin und bis nach Hannover, Holstein und Hamburg, die in Posen betriebene Möbelfabrikation spielte für das Wirtschaftsleben eine keineswegs unbedeutende Rolle und fand ihre Abnehmer weit hinein in die übrigen Teile Deutschlands. Noch wären die Betriebe der chemischen Industrie zu erwähnen, die namentlich der Herstellung künstlichen Düngers gewidmet sind, und ebenfalls ihre Abnehmer außerhalb der provinziellen Grenzen gefunden hatten.

Eine im Jahre 1911 in Posen veranstaltete große Ausstellung für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, an der die sämtlichen östlichen Provinzen sich beteiligt hatten, gab Gelegenheit zu einer bedeutsamen Speerschau über die vorhandenen Industrie- und Handelsbetriebe, mit der der Nachweis erbracht wurde, daß das Wirtschaftsleben dieser Gebiete in hoher Blüte stand und den Wettbewerb mit den reicher entwickelten Bezirken unseres Vaterlandes unbedenklich aufnehmen konnte. Der mehr als hundert Seiten umfassende Katalog der Aussteller wies 1103 Nummern auf; sie veranschaulichten, abgesehen von den vorgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die Arbeit von 350 000 Gewerbebetrieben, in denen mehr als 1,5 Millionen Menschen ihren Broterwerb fanden.

Es erscheint angebracht, in dem vorliegenden Zusammenhang einen Blick auf die Entwicklung der Provinzialhauptstadt in den letzten Jahrzehnten zu werfen. Diese bot, wie in den einleitenden Worten angedeutet, vor fünfzig Jahren in der zumeist von der deutschen Bevölkerung bewohnten Oberstadt das Bild einer wohl ausgebauten freundlichen und verhältnismäßig sauberen Mittelstadt. Die im Barthetal liegende winzige Altstadt war in der Hauptsache der Sitz der jüdischen Krämerchaft, während die jenseits der Warthe belegenen Vorstädte kaum auf den Namen einer städtischen Ansiedlung Anspruch erheben konnten. Gleiches gilt von dem um die St. Martinstraße belegenen Stadtteil, wo jämmerliche Kabachen noch über das Jahr 1870 hinaus einen wesentlichen Bestandteil der Bebauung ausmachten, wenn auch Posen mit 48 000 Einwohnern im Jahre 1861 und mit 54 000 im Jahre 1870 immerhin schon eine größere Stadt genannt werden konnte. Indem Kaiser Wilhelm am 3. September 1902 die Niederlegung der westlichen Stadtumwallung verfügte, fiel mit dem Rayon zugleich eine Beschränkung, die der Entwicklung der Stadt im Verlauf der Jahre nahezu unerträgliche Hindernisse in den Weg gelegt hatte. Jetzt entstanden, indem es an verfügbarem Kapital nicht fehlte, in überraschend kurzer Zeit geräumige Wohnviertel auf dem flachen Vorgelände in der Richtung nach Gurschin, St. Lazarus und Terfiz. Die bis dahin verumpfte Niederung des Biersebaches bei Solacz bot Raum für eine schmucke Villenniederlassung. Vor dem einstigen Berliner Tor aber wuchs, wie eingangs erwähnt, durch Vereinigung des Schlosses, des neuen Theaters, der Akademie und der Monumentalbauten der Landschaft und der Oberpostdirektion ein Städtebild aus dem Boden, das der durch kaiserlichen Befehl geschaffenen Residenz in jeder Beziehung würdig war. Die Verbesserungen griffen auch auf die übrigen Stadtteile über; der zierliche Bau des alten Rathauses erfuhr eine kunstverständige Erneuerung; der verbesserten Verbindung mit den bis dahin vernachlässigten Vierteln östlich der Warthe diente eine neue Strombrücke stromaufwärts an der Stelle, wo eine solche einst „im Schwedenkriege“ zerstört worden war. Dem gesteigerten Verkehr war eine großzügige Umschlagsanlage zwischen Schiff und Eisenbahn gewidmet. Umfangreiche Gasanlagen in Verbindung mit einer Verlegung des Strombettes der Warthe befanden sich in Vorbereitung, und alle Anforderungen an ein modernes Großstädtisches Gemeinwesen waren in Wasserversorgung und Beleuchtung, Kanalisation, Schlachthauseinrichtungen, Krankenhäusern und ausgedehnten Parkanlagen und Promenaden in mustergültiger Weise vorhanden. Der städtische Haushalt war auf ein Gelderfordernis von jährlich 15 Millionen Mark angewachsen. Wer freilich annehmen wollte, daß diese

glänzende Entwicklung dem Deutschtum zugute gekommen wäre, würde sich in völligem Irrtum befinden. Gerade dem alten Posener, der nach längerer Abwesenheit in die Heimat zurückkehrte, mußte es auf Schritt und Tritt zum Bewußtsein kommen, wie das polnische Wesen vorwärts drängte, und die Deutschen immer mehr ins Hintertreffen gerieten. Es kam dies nicht so sehr in den statistischen Ziffern zum Ausdruck, die bei 157 000 Einwohnern 42 Prozent Deutsche neben 58 Prozent Ortsangehörigen polnischer Zunge zum Nachweis brachten, sondern in den polnischen Warenhäusern, den Gastwirtschaften, die mehr und mehr in polnische Hände übergegangen waren, und in der immer größeren Zahl rein polnischer Ladenschilder, deren Besitzern an deutscher Kundenschaft offenbar nichts mehr gelegen war. Im Gasthaus der kleinen Stadt, wo der junge Rechtsbesessene dreißig Jahre früher ein gern gesehener Gast gewesen war, sah er sich jetzt geradezu als Eindringling behandelt, und wer die Augen nicht geschlossen verließ, mußte inne werden, daß man inmitten einer zielbewußten Kriegsvorbereitung stand, die durch die unausgesetzten Fehler, der von den „Kennern des Polentums“ geleiteten Politik der Nadelstiche nur immer mehr beschleunigt und in allen Einzelheiten durchgearbeitet wurde. Hier erwies sich, daß das vielgerühmte An siedlungs-wert in einer Beziehung einen schlimmen politischen Fehler darstellte, indem es den durch jüdische Wucherer dem Zusammenbruch nahegebrachten adligen Gutsbesitzer austaufte, so daß er als Rentner nach Posen zog, wo er seine Mühe in den Dienst der polnischen Mobilmachung stellte. Zu seinem Gelde gesellten sich die Ersparnisse der polnischen Arbeiter in den Industriegebieten des Westens, denen man den Ankauf einer Bauernstelle in der Heimat verweigerte, und so sammelte sich in den polnischen Banken und Kreditinstituten ein Kriegsschatz, der nicht nur das wirtschaftliche Vorwärtstommen der Polen unterstützte, sondern zu gegebener Zeit — und diese ist jetzt herbeigekommen — die Möglichkeit bieten sollte, dem deutschen Wesen in jeder gewünschten Richtung jeden nur möglichen Abbruch zu tun. Auch hier sprach Moriz Jaffé in seiner Stadtgeschichte vor Jahren schon mahnende Worte, die leider ungehört verhallten. Jetzt ist das Deutschtum im Posener Lande auf der ganzen Front geschlagen, deutsche Arbeit ist ausschließlich zum Nutzen eines rührigen rücksichtslosen Feindes in größtem Umfang geleistet worden, und gering ist die Hoffnung, daß es kommenden Geschlechtern beschieden sein sollte, hier das verlorene Gelände wieder zu gewinnen. Was für Posen gilt, wird für Gnesen durch den Generalsekretär Vosberg in dem oben erwähnten Buche „Städte im Nationalitätenkampf“ nachgewiesen, während die ungünstige Lage des Deutschtums in den von der Verkehrsentwicklung nur benachteiligten kleineren Städten in der Abhandlung des Bürgermeisters Zizlaff überzeugend erläutert wird. Nur für das immer noch überwiegend deutsche Bromberg mag eine bessere Voraussicht auch heut noch berechtigt erscheinen, wenn auch die Tagespresse von dem schön ausgebauten Plage als von einer „sterbenden Stadt“ gesprochen hat.

Die Provinz Westpreußen unterscheidet sich in ihrem wirtschaftlichen Aufbau, wenn man von Danzig absieht, nicht wesentlich von dem Posener Lande, auch hier bildet bei wenig entwickelter Industrie die Landwirtschaft die vornehmlichste Grundlage des Broterwerbs. Bei der Schwierigkeit einer Abtrennung ziehen wir die ganze Provinz einschließlich des der Abstimmung unterliegenden Bezirks von Marienwerder für die beabsichtigten Erwägungen in Betracht. Die Provinz umfaßt rund 25 000 Quadratkilometer mit 1,7 Millionen Einwohnern, von denen 790 000 dem evangelischen, 880 000 dem katholischen Glaubensbekenntnis angehören, so daß rund 46 Prozent dem deutschen, 52 Prozent dem polnischen Bestandteil der Bevölkerung zuzurechnen sein würden; die Zahl der Juden nimmt hier 8 vom 1000 der Gesamtzahl für sich in Anspruch. Die Polen sind auch hier in starker Zunahme begriffen und drängen sich auch in den früher überwiegend deutschen Bezirken mehr und mehr in den Vordergrund. Gerade das scharfe Vorgehen der deutschen Behörden aber, das augenfällig an Deutsche und Polen zweierlei Maß anlegte, hat außerdem einen schnellen Rückgang des

deutschen Gewerbefleißes und eine geschäftliche Überflügelung unserer Volksgenossen im Gefolge gehabt, denen vielfach sogar die deutsche Kundschaft sich abwandte, weil sie von den beide Sprachen beherrschenden Polen billiger und besser bedient wurde.

An größeren Städten verlieren wir in der Provinz Graudenz mit 40 000 und Thorn mit 46 000 Einwohnern; die anderen Städte haben wesentlich geringere Einwohnerzahlen, indem selbst der Sitz der Bezirksregierung Marienwerder noch bei der letzten Volkszählung nur 13 000 aufwies. Die Zahl von 10 000 Einwohnern überschreiten noch Kulm und Konitz; im allgemeinen handelt es sich bei den Bewohnern dieser kleinen westpreußischen Städte um armselige Verhältnisse, so daß diese auch schon unter deutscher Herrschaft unter der Steuerlast, insbesondere auch für Kreislasten und für Schulzwecke schwer zu tragen hatten. An ländlichen Gemeinden waren in der Provinz 3190 mit einer Bevölkerung von etwas mehr als einer Million Köpfen anzutreffen, da Danzig 170 000, die anderen genannten Städte rund 110 000 Einwohner in Anspruch nehmen, so verblieben für die rund 170 sonstigen kleinen Städte etwa 400 000 Insassen übrig, von denen die meisten die Zahl von 4000 nicht wesentlich überschreiten. Unter den ländlichen Gemeinden entfallen 39 Prozent auf Gutsbezirke, 61 Prozent auf eigentliche Landgemeinden, die 54 Prozent der vorhandenen Bodenfläche für sich in Anspruch nehmen; die Prozentzahl der Gutsländereien vermindert sich nicht unerheblich, wenn man den vorhandenen Waldbestand außer Ansatz läßt. 11 Prozent des Gutsareals befanden sich in den Händen des Domänenfiskus.

In der Ertragsfähigkeit der Ländereien sind die Niederung, die Übergangs- und die Höhenkreise zu unterscheiden; die verschiedene Leistung kommt im Grundsteuerreinertrag zum Ausdruck, der sich in der Niederung im Durchschnitt auf 23 Mark für den Hektar, in den Übergangskreisen auf 14 Mark, auf der Höhe aber nur auf 4,4 Mark stellte. In der Niederung liegen Danzig und Marienburg, im Übergang unter anderem Kulm, Graudenz, Dirschau und Marienwerder, auf der Höhe die Kreise Konitz, Tuchel mit der bekannten Seide, Karthaus, Berent und Deutsch Krone. In den Niederungskreisen werden Roggen und Kartoffeln nur in verschwindenden Mengen angebaut, es überwiegen neben ausgedehnten Wiesen und Weideflächen Zuckerrüben, Weizen und Sommerung, dem entsprechend ist auch die Viehhaltung hier in sehr viel höherem Maße entwickelt als in den ärmeren Höhenkreisen, wo der Bestand an Rindvieh gegen die Niederung fast um die Hälfte zurückbleibt. In den landwirtschaftlichen Betrieben ist die intensive Wirtschaftsweise mehr und mehr zur Anwendung gekommen, so daß in den letzten Jahrzehnten bei gänzlichem Verschwinden der Brache die Erträge an Weizen um 37 Prozent, an Gerste um 85 Prozent und an Kartoffeln sogar um mehr als 100 Prozent gesteigert wurden. Das Verschwinden der Brache kam hauptsächlich dem Anbau von Rüben und Futterträuern zugute, ebenso hat eine sehr beträchtliche Steigerung der Viehhaltung stattgefunden. Auch Westpreußen würde für die Abgabe von Roggen und Kartoffeln mit erheblichen Mengen in Betracht kommen, und ginge uns verloren, wenn die Polen die Ausfuhr in ihre östlichen Gebiete unter seither russischer Herrschaft lenken sollten, doch dürfte auch hier das Interesse der Handelsbilanz ein scharfes und insbesondere ein feindseliges Vorgehen verhindern. Interessant in dieser Richtung ist jedenfalls die neuerliche Bessermeldung, daß uns die polnische Regierung drei Millionen Zentner Kartoffeln im Austausch gegen entsprechende Kohlenmengen zugesichert hat. Mit der Landwirtschaft in Verbindung stehen die Nebengewerbe der Zuckerrübenverarbeitung, der Molkerei, Brennerei und Stärkefabrikation. Die Zuckerrübenfabrik in Kulmsee kann beispielsweise als die größte ihrer Art in Deutschland bezeichnet werden. In gewerblichen Betrieben sind in Westpreußen nur rund 146 000 Personen tätig, 50 000 entfallen auf Verkehr und Handel. In Thorn blühte neben dem Holzhandel und einigen Maschinenfabriken vor allem die altberühmte Sonigtuchenfabrikation, die allerdings wohl in ihren Absatzverhältnissen auch unter polnischer Herrschaft keine wesentlichen Änderungen erfahren wird. Auf

der oben erwähnten Posener Industrieausstellung waren von den hier in Betracht kommenden Bezirken nur Thorn und Graudenz und außerdem Deutsch-Krone, Dirschau und Elbing mit Maschinen und Baumaterialien vertreten; es dürfte hiermit die geringe industrielle Entwicklung dieser Gegenden in genügendem Maße gekennzeichnet sein.

Danzig ist mit dem Versailler Frieden in eine neue Wandlung seiner wechselvollen Geschichte eingetreten. Kann auch die polnische Regierung sich das Wirtschaftsleben Danzigs nicht unmittelbar für ihre Steuerzwecke dienstbar machen, so wird sie doch sicher alles daran setzen, den polnischen Interessen dort die weitgehendste Vertretung zu schaffen, und die Hilfsquellen der Stadt der Entwicklung des polnischen Handels und Gewerbefleißes so sehr wie nur immer möglich dienstbar zu machen. Die Bevölkerung der Stadt wurde, wie bereits erwähnt, bei der letzten Volkszählung auf rund 170 000 Seelen festgestellt, diese Zahl dürfte jetzt noch zutreffen, indem die anzunehmende Steigerung durch den Fortfall der Marinebetriebe und der deutschen Garnison ihren Ausgleich findet. Im Hinblick auf die geplanten Friedensbedingungen hatten bereits polnische Unternehmer unter Hinterlegung entsprechender Kapitalien sich Vorkaufrechte auf geeignete Grundstücke erworben, doch sollen sie nach Privatnachrichten in den geforderten Preisen ein Haar gefunden haben, so daß auf ein „Vormärz mit Vollampf“ bei den polnischen Plänen einstweilen wohl nicht zu rechnen ist. Danzig war der Sitz der hauptsächlichsten Provinzialbehörden und besaß eine Garnison, die sich, abgesehen von dem Generalkommando und den nachgeordneten Stäben aus einem Infanterieregiment, zwei Kavallerie-, mehreren Artillerie-Regimentern, einem Trainbataillon und verschiedenen Militärverwaltungsbehörden zusammensetzte; die Marine hatte dort in der Kaiserlichen Werft sowohl ihre Wiege wie durch den Ubootsbau einen wichtigen Stützpunkt gefunden. Eine technische Hochschule war im Wettbewerb mit Berlin vor allem dazu bestimmt, der Ausbildung eines Nachwuchses von Baumeistern für Schiffs- und Maschinenbau, Elektrotechnik und Ingenieurwesen zu dienen. Mustergültig waren in der durch köstliche Architekturdenkmäler geschmückten altertümlichen Stadt die modernen Sanitäts- und Wohltätigkeitsanstalten. Die Industrie besaß ihre wichtigste und wertvollste Vertretung in der Schiffswerft von Schichau, die 2500 Arbeiter beschäftigend, trotz der nicht besonders günstigen Wasserverhältnisse vor ihren Hellingen Kriegs- und Handelsschiffe bis zu den größten Abmessungen zu liefern vermochte. Daneben waren noch verschiedene kleinere Werften tätig, deren eine, die Werft von Klawitter, in der Anfangszeit der Marine dieser wertvolle Dienste geleistet hatte. Neben diesen verfügten die Danziger Waggonfabrik, eine Glashütte, eine chemische Fabrik und Anstalten für Öl und Mahlmüllerei, Holzbearbeitung und andere mehr über beträchtliche Arbeiterzahlen. Der unzulänglichen Hafenenwicklung in der Mottlau und toten Weichsel war in den letzten Jahren durch den Ausbau des Kaiserhafens auf der Holminsel abgeholfen worden; hier hatte ein großes Stahl- und Walzwerk seinen Betrieb eröffnet, dessen geschäftliche Erfolge allerdings den gehagten Erwartungen noch nicht ganz entsprachen. Bessere Ergebnisse zeigten die mit einem erheblichen Handelsumsatz verknüpften Zuckerraffinerien sowie der sonstige Handel in Kohlen, Eisen und Petroleum, der den Rückgang des früher besonders lebhaften Holz- und Getreidehandels in volstem Maße ausgeglichen hatte. Daß die Schaffung des Freistaates Danzig und die dem Polenium eingeräumten Zugeständnisse in bezug auf die Errichtung eines Freihafens und der Ausnutzung der Wasserstraßen, Docks, Binnenhäfen und Kais der wirtschaftlichen Entwicklung der alten Handelsstadt von Vorteil sein sollte, ist zunächst nicht anzunehmen. Die früheren Zeiträume polnischer Herrschaft bilden in Danzigs Geschichte jedenfalls keine Glanzpunkte und den natürlichen Rückhalt für die fast rein deutsche Stadt bildet Deutschland, unter dessen starkem Schutz Handel, Industrie und Verkehr in den letzten Jahrzehnten glänzende Fortschritte zu verzeichnen hatten. Der Zukunft wird man hier wie da mit Sorgen entgegenblicken können. Am schwersten würde Deutschland betroffen werden, wenn ihm auf Grund der Volksabstimmung auch Oberschlesien verloren ginge, weil hier neben

den landwirtschaftlichen Gebieten auch die wertvollsten Bodenschätze und eine reiche Entwicklung auf industriellen Gebiete in Frage stehen. Der Gewinn Oberschlesiens würde auf der anderen Seite eine der wirksamsten Stützen der sonst unzulänglichen wirtschaftlichen Kräfte des neuen polnischen Staatsgebiets in die Erscheinung treten lassen.

Oberschlesien fällt im großen und ganzen mit dem Regierungsbezirk Oppeln zusammen, wo schon im Jahre 1870 neben 450 000 Deutschen rund 750 000 Polen, wenn auch abweichenden Stammes von den Bewohnern Großpolens, gezählt wurden. Der Umstand, daß auch von den Deutschen mehr als zwei Drittel katholischen Glaubens sind, darf als nicht unbedenklich bezeichnet werden für den Fall, daß der polnische Propst hier zugleich mit der polnischen Regierung seinen Einzug hält. An größeren Städten kämen in dem Abtretungsgebiet unter anderem Beuthen mit 68 000, Gleiwitz mit 67 000, Kattowitz mit 43 000, Königshütte mit 72 000, Oppeln mit 34 000, Ratibor mit 38 000 und Zabrze (Hindenburg) mit 63 000 Einwohnern in Frage, sie können, von Oppeln und vielleicht Ratibor abgesehen, sämtlich als Mittelpunkte der lebhaftesten industriellen Tätigkeit angesehen werden. Die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung von ganz Schlesien wird auf rund 880 000 Köpfe berechnet, davon mögen auf Oberschlesien schätzungsweise etwa 300 000 entfallen, während in der Industrie 138 000 Arbeiter, in den Bergwerken 45 000 in den Eisenhütten und rund 13 000 in den Zink- und Bleihütten beschäftigt sind. In der Zahl der Erwerbstätigen in Industrie und Bergbau übertrifft ganz Schlesien die beiden anderen vorgeschilderten Gebiete um das dreifache, und da sich für Ober- und Niederschlesien die Kopfzahl der Belegschaften in den Bergbaubezirken wie 1 zu 4 stellte, wird man annehmen dürfen, daß der weitaus größte Teil dieser Überlegenheit dem ober-schlesischen Industriebezirk zugute kommt. Von der landwirtschaftlichen Erzeugung Schlesiens seien mangels zuverlässigerer Anhaltspunkte je ein Drittel dem ober-schlesischen Bezirk angerechnet, demnach würden auf dieses Gebiet etwa 300 000 Tonnen Roggen, 160 000 Tonnen Weizen, 1,6 Millionen Tonnen Kartoffeln und 100 000 Tonnen Gerste entfallen. Bei etwa 1,7 Millionen Einwohnern würde also Oberschlesien zwar allenfalls in der Lage sein, seine Bevölkerung von seinen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu ernähren, während eine Ausfuhr solcher in die übrigen Reichsgebiete nicht in Frage käme.

An der gesamten Kohlenförderung des deutschen Reiches ist Oberschlesien mit rund 22 Prozent beteiligt; in der Erzeugung von Eisen und Stahl steht zwar Oberschlesien nur hinter dem Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet zurück, doch handelt es sich auch hier, indem hauptsächlich die Erzeugung von Puddelroheisen in Betracht kommt, um Jahreswerte von rund 360 Millionen Mark, während die Zink- und Bleihütten eine Produktion von rund 500 000 Tonnen mit einem Geldwert von etwa 140 Millionen Mark erzielen. Nennen wir von den in Oberschlesien betriebenen Werken den Gräflich Ballestremischen Industriebezirk, die Bismarckhütte, den Montanbesitz der Handelsgesellschaft Vorfig, die Donner-smarckhütte, die Sulbschinsky'schen Werke, die Aktiengesellschaft Oberschlesische Eisenindustrie und die Standesherrschaft Beuthen Simianowitz sowie die Laurahütte, so werden diese weltbekannten Namen Beweis genug dafür sein, welche ungeheuren Interessen für unser armes Vaterland bei einem ungünstigen Ausgang der Abstimmung auf dem Spiele stehen.

Wir können uns hiernach zu den wirtschaftlichen Hilfsquellen von Russisch-Polen wenden. Wie sehr das russische Polentum von dem bisher deutschen sich unterscheidet, und wie unberechtigt es sein wird, diese beiden Bereiche in ihrem gegenwärtigen Zustande als die Bestandteile eines einheitlichen Volkskörpers aufzufassen, wird uns ganz besonders klar durch einen Blick in den „Ethnographischen Bilderatlas von Polen“, der auf Veranlassung der landeskundlichen Kommission beim deutschen Gouvernament in Warschau veröffentlicht wurde. Diese vielfach zerfallenen Hütten mit ihren Strohdächern, diese Männer mit den über die Beinkleider fallenden Hemden und unordentlichen Wirtschaftsgebäude gehören einer anderen Kulturwelt an, als die polnischen Dorfschaften außerhalb der russischen

Grenze, und während im Posenischen das vor 40 Jahren im Gerichtssaal noch oft gehörte „nie umiem pisac“ längst der Vergangenheit angehört, müssen in Russisch-Polen noch heute mehr als 40 Prozent der Bevölkerung als Analphabeten angesprochen werden. Unter den Häusern in Polen sind in den Dörfern nur 3,3 Prozent aus Ziegeln errichtet. In den Wäldern ist seit langem der schlimmste Raubbau getrieben; der Kriegsbedarf an Holz hat tiefgreifende Zerstörungen angerichtet, und die Beschaffung von Baumaterial stellt die polnische Regierung vor schwerwiegende, umfangreiche Aufgaben. Ob diese Sachlage für Russisch-Polen einen Fortschritt oder für die bisher deutschen Bestandteile einen Rückschritt bedeutet, wird die Zukunft lehren. Nach dem polnischen Volkscharakter scheint es näher liegend, daß man auf die wohlgepflegten Bestandteile der bisher deutschen fiskalischen Forsten rücksichtslos zurückgreift, als daß man zu einer pfleglichen Behandlung der in Polen noch vorhandenen Waldungen übergeht und die im Unverstand und wucherischer Ausbeutung begangenen Fehler in langer, zunächst unfruchtbarer Arbeit wieder gut zu machen bestrebt sein sollte. Ob polnische Vaterlandsliebe und der Ansporn einer Minderzahl mehr leidenschaftlicher als planmäßig ruhiger Arbeit zuneigender Patrioten imstande sein werden, den deutschen Druck auf polnischen Leichtsin zu erregen, darf derjenige, der das Polentum in seiner Entwicklung seit Jahrzehnten beobachtete, mit gutem Grunde als zweifelhaft bezeichnen.

Trotz der günstigen Verhältnisse des Bodens und des Klimas läßt die Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft in Kongreßpolen zu wünschen übrig. Nach den Angaben von Raindl — Polen, Leipzig 1916 — stellen sich die Erträge für den Hektar:

	in Polen	in Posen	in Deutschland
an Weizen	12,2	19,5	18,8—30
an Korn	10,0	16,5	15,1—20
an Kartoffeln	122,1	140,3	132,6—200

Sie übersteigen mit diesen Zahlen allerdings weit die russischen Durchschnittserträge, genügen aber unter Zugrundelegung der für Deutschland angenommenen Verbrauchssätze nicht für die ausreichende Ernährung der ortsanwesenden Bevölkerung, so daß eine Einfuhr — in Zukunft wohl aus den abzutretenden deutschen Gebieten — unentbehrlich bleibt. Gering ist auch der Viehstand.

Es entfielen auf 1000 Menschen:

	in Polen	in Posen	in Deutschland
Rinder	226	450	333
Schafe	299	110	77
Schweine	129	660	400

Zu berücksichtigen ist dabei, daß die polnischen Kühe im Jahresdurchschnitt nur 1000, die deutschen 1800 bis 2000 Liter Milch geben, und daß die kleine magere Kuh des polnischen Bauern vielfach noch außerdem als Zugtier gehalten muß. Überfluß ist in Polen nur in Gänsen vorhanden, und es ist bekannt, daß der größte Teil der aus Rußland nach Deutschland eingeführten Gänse, die einen Wert von 25 bis 30 Millionen Mark im Jahresdurchschnitt ausmachen, aus Polen stammten. Die Folge des geringen Viehstandes ist ungenügende Düngung des Bodens, da künstlicher Dünger nur wenig Verwendung findet. In der Fleischversorgung Deutschlands dürfte sich durch den Verlust der Abtretungsgebiete allzuviel nicht ändern, da der polnische Bauer an Fleischnahrung nur wenig gewöhnt ist, und die polnische Volkswirtschaft die aus dieser Ausfuhr sich ergebende Hilfsquelle nicht wird entbehren können.

An der Viehhaltung Preußens waren die Abtretungsgebiete beteiligt:

bei den Pferden	mit 23 Prozent
heim Rindvieh	17,6 "
bei den Schafen	15 "
" " Schweinen	18 "
beim Federvieh	19,6 "

Fast drei Fünftel des in Polen landwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens befindet sich in bäuerlichen Händen, daneben steht ein großer Bestand an Mittulgütern von 300 bis 1000 Morgen, und eine Latifundienwirtschaft ist nur noch in verschwindenden Ausnahmen vorhanden. Der bäuerliche Grundbesitz ist dabei in steter Zunahme begriffen, denn wenn auch die polnischen Bauern schlechte Wirtschaftler sind, so ist doch ein großer Landhunger vorhanden, der aus dem durch die Sachfengängerei und die Beschäftigung in den deutschen Industriebezirken ersparten deutschen Gelde in großem Maßstabe befriedigt werden kann. Die neueste Entwicklung hat sogar im russischen Polen bei den ländlichen Arbeitern bolschewistische Gelüste lebendig werden lassen, und immer lauter werden die Stimmen, die eine Nationalisierung des größeren Grundbesitzes und dessen Übergang ohne Auskauf in die Hände der Vorwerkstnechte und derjenigen fordern, die wenig oder gar kein Land besitzen. Wie bereits angedeutet, lebt die Mehrheit der polnischen ländlichen Bevölkerung in durchaus ärmlichen Verhältnissen, es fehlt an Betriebskapital und an einer befriedigenden Entwicklung des ländlichen Kreditwesens, und die russische Regierung hat es sich niemals angelegen sein lassen, hier helfend einzugreifen und der bedrohlichen Zunahme eines ländlichen Proletariats entgegenzuwirken. Die Landwirtschaft im bisher russischen Polen erscheint demnach nicht als eine Stütze des Volkswohlstandes, sondern als ein Sorgenkind, das in hohem Maße auf die pflegliche Fürsorge der neuen Nationalregierung angewiesen ist.

Eine etwas schwierige Frage stellt die kräftige Entwicklung der Industrie in den bisher russisch-polnischen Gebieten dar. Diese polnische Industrie, die man doch wohl mit unrecht als eine Treibhauspflanze hat ansprechen wollen, verdankte allerdings ihre Entstehung zunächst der hohen Zollmauer, die gegen Westen errichtet wurde, doch hat sie, von russischen Rohstoffen versorgt, einer überaus zahlreichen Kundschaft gegenüber deren immerhin bescheidene Bedürfnisse in zufriedenstellender Weise befriedigen können. Die gegen westeuropäische Erzeugnisse verhältnismäßig hohen Preise wurden nicht als drückend empfunden, und den Nachteil vom Erstarken dieser Betriebe hatten nur die Ausfuhrkaufleute in den westlichen Industriegebieten, denen die russische Kundschaft mehr und mehr verloren ging. Nur zum Teil auf russisches Kapital sich stützend und deshalb von den „nationalen“ Unternehmern als „fremdländisch“ angefeindet, hatte doch diese polnische Industrie sich im Vergleich zu dem Moskauer und Petersburger Bezirk, wenn man den Flächenraum in Betracht zieht, am nachhaltigsten entwickelt, während sie mit dem Wert ihrer Erzeugnisse trotz einer im Verhältnis zu den andern geringen Arbeiterzahl die dritte Stelle einnahm. Der Wert der Erzeugung der polnischen Fabriken wurde im Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts mit 425 Millionen Rubeln, das ist etwas mehr als ein Siebentel der Erzeugung des gesamten Rußlands berechnet. Bis 1910 hatte sich der Wert dieser Erzeugung auf 860 Millionen gesteigert. Unter den in Polen sich betätigenden Industrien nimmt die Weberei weitaus die erste Stelle ein. Ihr Hauptsitz war Lodz, wo diese im ersten Viertel des vorigen Jahrhunderts durch Weber aus Deutsch-Böhmen und Sachsen zur Einführung gelangt war, und sich bald zur Großindustrie entwickelte. Als die russische Zollpolitik am Ende der siebziger Jahre deutsches und französisches Kapital aber auch jüdische Kaufleute und polnische Bauern in Scharen nach dem erblühenden Mittelpunkt des Gewerbetreibes lockte, bildete doch die Tüchtigkeit der deutschen Fabrikbesitzer das Rückgrat der Entwicklung, mit der sie dem durch Vergünstigungen der Regierung verwöhnten Fabrikanten des Moskauer Bezirks die Wage hielten. Vor dem Kriege befand sich ein Drittel der Lodzger Fabriken, aber unter ihnen fast alle Großbetriebe mit nahezu drei Fünfteln der gesamten Erzeugung, in deutschen Händen. Von der verhältnismäßigen Entwicklung der deutschen und der polnischen Industrie mögen die nachstehenden Ziffern eine Vorstellung gewähren. Es beschäftigten im Jahre 1910:

	in Polen	in Deutschland
Die Weberei	150 305	845 744 Arbeiter
Die Industrie der Nahrungsmittel	42 458	732 372 "
Die Metallindustrie	62 027	989 446 "
Bergbau und Hüttenwesen	42 697	902 837 "
Die chemische Industrie	9 153	121 995 "
Die Papierindustrie	15 402	172 021 "

Gewinnt Polen den obererschlesischen Industriebezirk, so werden dadurch die Entwicklungsmöglichkeiten seines Gewerbestandes ganz außerordentlich erweitert. Andererseits muß angenommen werden, daß diesem die russische Kundschaft verloren geht, und daß dafür die geringere Bevölkerungszahl der zu übernehmenden deutschen Gebiete keinen Ersatz wird schaffen können. Hier werden deshalb jedenfalls sehr bedeutende Umstellungen Platz greifen müssen, und eine unmittelbare glänzende Zukunft wird man diesem Teile der neupolnischen Volkswirtschaft kaum voraussagen können.

Einer solchen steht auch der gegenwärtige Zustand der Verkehrswege entgegen. Die Landstraßen entbehren fast durchweg der Befestigung; die dafür bestimmten Gelder waren in den Taschen der Beamenschaft verschwunden, und im Winter suchten sich die Gefährte der Bauern, um nicht im Schlamm zu versinken, ihren Weg über das angrenzende Ackerland; unsere in Polen einrückenden Heeresmärsche haben in dieser Richtung die schlimmsten Erfahrungen machen müssen. Die Fahrwässer der Ströme waren geradezu planmäßig vernachlässigt; in Pogorzelica beispielsweise, wo die die Warthe in preußisches Gebiet eintrat, zeichneten Sandbänke quer über den Strom die russische Grenze, und ein Vordringen der auf preußischer Seite verkehrenden Schiffe war unmöglich gemacht. Schlimmer noch liegt die Sache für die Eisenbahnen. Nur einige wenige Schienenstränge vermittelten die Verbindung zwischen dem Osten und Westen; die Eisenbahnlinien waren auf beiden Seiten mehr nach militärischen als nach Verkehrsbedürfnissen angelegt, sie verlaufen auf polnischer Seite meist eingleisig in entsprechender Entfernung von der Grenze, und es wird eine vollkommene Umgestaltung der vorhandenen Anlagen notwendig sein, wenn diese in Zukunft einem einheitlichen Wirtschaftsgebiete dienen sollen, während andererseits die neue russische Grenze einen anderweiten Ausbau in Berücksichtigung militärischer Gesichtspunkte bedingen wird.²⁾ Die bisher durchaus ungünstige Entwicklung des polnischen Binnenhandels, wie ihn G. Kleinow in seinem Werke: „Die Zukunft Polens“ schildert, liegt nicht nur an seinen Trägern, den äußerst zahlreichen, bettelhaften Juden, sondern eben so sehr an den ungünstigen Verkehrsverhältnissen, die eine Abwicklung nach großzügigen Gesichtspunkten unmöglich machen. Den polnischen Kaufleuten sagt Moriz Jaffe nach, daß sie zwar durch Fleiß und Anständigkeit vorwärtsgekommen seien, daß aber schnelle Auffassung, Kalkulation, Wagemut und zähe Willenskraft, die den größeren Kaufmann und Unternehmer ausmachen, nur selten bei ihnen anzutreffen sind. Er hat damit sicherlich das Richtige getroffen.

Verhältnismäßig günstig stellt sich für das Polentum die Frage des privaten Kapitalbesitzes. Nicht nur hat die Ansiedlung viel bares Geld den polnischen Taschen zugeführt, sondern recht erheblich sind auch die Ersparnisse, die die Sachseingänger und die polnischen Arbeiter aus den Industriegebieten alljährlich in die Heimat senden, wenn auch die von Kleinow benannte Summe von 50 Millionen Mark, von denen 20 Millionen Mark nach Russisch-Polen gelangen sollten, von anderer Seite als stark nach oben abgerundet bezeichnet wird. Einen glänzenden Beweis für das Vorwärtstommen gerade der unteren Schichten bieten die Spareinlagen der Genossenschaftsbanken, die 1900 auf 36 Millionen Mark beschränkt, 1904 bereits 64, 1912: 229 und 1914: 284 Millionen Mark betragen. Diese Kapitalansammlungen haben die Polen mit Erfolg zum Grunderwerb,

²⁾ Vergl. hierzu: Bruno Heinemann „Verkehrswege in Polen“. Weltwirtschaftliches Archiv. September 1917. Band 11, Heft 1.

zum Häuserbau und zur Gütererteilung benutzt, und allenthalben drängte sich hervor, wie sie mit Erfolg bestrebt waren, wieder Herren im eigenen Lande zu werden, um das deutsche Element aus dem Felde zu schlagen. Den Erfolgen der Ansiedlungskommission in preukischer Form steht solchergestalt ein Grundenerwerb aus deutscher Hand entgegen, der in Westpreußen auf rund 107 000 Hektar, in Posen auf 150 000, in Schlesien auf 16 000 und in Ostpreußen auf 29 000 Hektar beziffert wurde. Der Gesamtbesitz der Polen in Posen und Westpreußen wurde im Jahre 1910 auf rund 1,7 Millionen Hektar veranschlagt, darunter in Posen 374 000 Hektar in Abschnitten von mehr als 1000 Hektar, die in den Händen von 139 Großgrundbesitzern vereinigt waren.

Daß man in dem uns feindlichen Ausland große Hoffnungen auf eine günstige Entwicklung des neuen polnischen Staatsgebildes setzt, geht aus den Kapitalbeteiligungen hervor, die namentlich englische und französische Finanzleute polnischen Unternehmungen zugewendet haben. Sie gelten dem Wiederaufbau des Landes im allgemeinen und im besonderen der Schiffahrt auf der Weichsel, dem Import und Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Bedürfnisse an Dünger, Samen, Maschinen usw., der Entwicklung der Naphthaindustrie und anderem mehr. Freilich war bereits vor dem Kriege englisches, französisches sowie auch amerikanisches und belgisches Kapital schon vielfach in Polen betätigt gewesen, und das deutsche Generalgouvernement in Warschau hatte Veranlassung genommen, derartige Firmen unter Zwangsverwaltung zu stellen, deren Stammhäuser in Manchester, London, Birmingham, Sheffield sowie in Bütlich, Paris, Reims und Bordeaux ansässig waren. Nunmehr bereifen englische und französische Ingenieure das politische Neuland, um die Leitung industrieller Unternehmungen in die Hand zu nehmen, und dem Absatz ihrer Landeserzeugnisse sowie der Neugründung gewerblicher Veranstaltungen die Wege zu ebnen.

Sehr beachtenswert erscheint dem gegenüber die Klage des Ministerpräsidenten Paderewski, daß die Banken des Auslands mit Rücksicht auf die unsicheren Verhältnisse die Finanzierung einer staatlichen Anleihe abgelehnt hätten.

Es erübrigt, nach dem vorstehend gewonnenen Überblick über die wirtschaftlichen Hilfsquellen des neuen Polenreiches sich ein Bild davon zu machen, inwieweit dasselbe als tragfähig zu erachten sein wird, die ihm obliegenden Lasten seiner Erhaltung und inneren Förderung auf seine Schultern zu nehmen. Hätten die Polen, so wie man es in Deutschland einst voraussetzte, als man ihnen ihre staatliche Selbständigkeit wieder gab, es sich an den Grenzen Kongreßpolens genügen lassen, hätten sie, wie die Schweiz ihren Schwerpunkt in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gesucht, und sich in diesem Anlaß tunlichst eng an Deutschlands starken Rückhalt angeschlossen, so hätte auch ein besiegtes Deutschland ihnen immer noch wertvolle Hilfe leisten können, namentlich dann, wenn das wieder erstarkende Ruffentum, was früher oder später doch geschehen wird, von neuem die Hand nach den ihm jetzt entrisenen Gliedern ausstreckt, und für seinen erneuten Drang nach dem Westen in dem Polenreiche die erste greifbare Beute findet. In diesem Zeitpunkt würde ein Entente, soweit sie dann noch zusammenhält, dem deutschen Militarismus schwerlich Hindernisse in den Weg gelegt haben und Polen wäre froh und dankbar gewesen, wenn sich Deutschland bereit und in der Lage fand, den drohenden Stoß an seiner Ostfront, ehe er Unheil anrichtete, aufzufangen.

Indem sich Neupolen jetzt völlig auf die sicherlich nicht selbstlose Hilfe der Entente verläßt, und gegen das zur Wehrlosigkeit verurteilte deutsche Volk eine feindselige Haltung einnimmt, ist es seinerseits gezwungen, dem Militarismus unter Anspannung aller Kräfte die tunlichste Pflege angedeihen zu lassen, ja selbst eine Marine gedenkt man, wie verlautet, zu errichten, um den neugewonnenen Seeinteressen gerecht zu werden. — Wie sich England freilich zu solchen zunächst etwas unklaren Plänen stellt, mag bis auf weiteres als eine offene Frage bezeichnet werden. — Als ein weiterer Bestandteil des „außerordentlichen Etats“ des polnischen Reiches mindestens für das nächste Menschen-

alter ergibt sich die Notwendigkeit, die bisher russischen Gebiete auf die gleiche kulturelle Höhe zu heben, wie die dem Deutschland entrissenen Bereiche, wenn nicht diese allmählich auf den Zustand zurücksinken sollen, in dem sich „Russisch-Polen“ zurzeit befindet, und in dem sie Preußen bei der letzten Teilung übernommen hatte. Hierzu tritt das durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingte Erfordernis, die beiden Reichshälften miteinander durch die Herstellung der fehlenden Verkehrswege in eine brauchbare Verbindung zu bringen, und die bei den ausschließlich maßgebenden militärischen Gesichtspunkten entbehrlich erschienenen Glieder in das Verkehrsnetz einzuschalten. Dazu wird gehören, die zurzeit fehlende Regulierung der Warthe und Weichsel und sonstiger Wasserstraßen vorzunehmen, wie überhaupt alle die Ausgleichungen herbeizuführen, die zwischen dem Tiefstand des russischen Teiles und der hohen Entwicklung auf deutscher Seite in die Augen fielen.

Eine zuverlässige Antwort auf die aus diesen Tatbeständen sich hervor-drängenden Fragen werden wir freilich nicht geben können; wir werden es uns daran genügen lassen müssen, gewisse Anhaltspunkte für eine Wahrscheinlichkeitsberechnung zu geben, deren Wert freilich bei der Fülle der unsicheren Voraussetzungen nur als ein sehr beschränkter wird gelten können.

Das neue Polenreich wird nach dem Hinzutritt der uns genommenen Gebiete rund 200 000 Quadratkilometer mit etwa 20 Millionen Einwohnern umfassen, während für Deutschland nach dem Verlust von Elsaß-Lothringen rund 455 000 Quadratkilometer mit etwa 55 Millionen Einwohnern übrig bleiben. Preußen hatte 350 000 Quadratkilometer mit 40 Millionen Einwohnern und behält rund 290 000 Quadratkilometer mit 35 Millionen Einwohnern. Die von uns abzutretenden Gebiete müssen, auch wenn wir Oberschlesien mit einbeziehen, zu den ärmeren gerechnet werden. Mit Einkommen unter 900 Mark kamen auf 1000 Einwohner in Betracht:

Im Durchschnitt im preußischen Staat		579	Zeniten
"	in Berlin	369	"
"	in Marienwerder Regierungsbezirk	729	"
"	in Danzig	680	"
"	in Posen	719	"
"	in Bromberg	693	"
"	in Oppeln	647	"
"	und bis zu 3000 Mark		
"	in Preußen	377	"
"	in Berlin	574	"
"	in Marienwerder	243	"
"	in Danzig	233	"
"	in Posen	258	"
"	in Bromberg	272	"
"	in Oppeln	331	"

Dementsprechend leistete der einzelne Einwohner an direkten Steuern nach dem Stande vom 1. Januar 1915:

Im preußischen Staat	13,83	Mark
In Berlin	37,55	"
Im Regierungsbezirk Marienwerder	5,56	"
" " Danzig	8,01	"
" " Posen	6,78	"
" " Bromberg	6,80	"
" " Oppeln	7,85	"

Hiernach erbrachten also die Abtretungsgebiete an direkten Steuern insgesamt nur 43,4 Millionen Mark oder 7,6 Prozent des Gesamtbedarfs auf, während die Zahl der Einwohner sich auf rund 12 Prozent der Gesamtzahl des preußischen Staates stellte. Für Russisch-Polen wird man eine größere Wohlhabenheit keinesfalls voraussetzen können; berechnet man die steuerliche Leistungs-

fähigkeit nach dem Durchschnitt der Abtretungsgebiete, so würde für das gesamte Neupolen ein Aufkommen an direkten Steuern von 140 Millionen Mark in Ansatz zu bringen sein, und für den hierdurch nicht zu deckenden Anteil des Bedarfs müßten andere Hilfsquellen in Anspruch genommen werden. Es sei versucht, von der Höhe dieses Bedarfs eine Vorstellung zu gewinnen, und es möge zu diesem Zweck zunächst die Schullast einer Prüfung unterworfen werden. In Preußen werden rund 6,6 Millionen Schulkinder oder etwa 16 Prozent der Einwohnerzahl in Volksschulen unterrichtet; für Neupolen würden unter Annahme der gleichen Verhältniszahl 3,2 Millionen Schulkinder in Ansatz zu bringen sein, doch erscheint dieser Ansatz bei der höheren Kinderzahl der Slawen eher zu gering als zu hoch. Die laufenden Schulunterhaltungskosten an Lehrergehältern, Heizung der Schulräume, Unterhaltung der Lehrmittel, baulicher Unterhaltung usw. stellten sich in Preußen in den letzten vom statistischen Jahrbuch erfahrenen Jahr auf 421 Millionen Mark, von denen 127 aus Staatsmitteln, 294 aus Mitteln der Schulverbände usw. aufzubringen waren. Für Neupolen würden sich bei einem Durchschnittbedarf von rund 64 Mark für ein Kind die bezüglichen Kosten auf 205 Millionen stellen, es würde also hierdurch allein das oben angenommene Aufkommen an direkten Steuern um fast 50 Prozent überschritten werden. Zu berücksichtigen bliebe, daß Schulverbände im preußischen Sinne in russisch-Polen kaum vorhanden sein werden, daß es auch an Schulgebäuden und Lehrmitteln vollständig fehlt, und daß in dieser Hinsicht mindestens auf dem platten Lande nahezu alles neu zu schaffen sein wird. Es liegt sehr nahe, daß die polnische Regierung in dieser Beziehung zu Einschränkungen schreiten, und daß allmählich die Durchschnittsbildung auch im preußischen Teil auf den Tiefstand der russisch-polnischen Bevölkerung zurücksinken wird; der sonstigen Unterrichtsanstalten an Fach- und Fortbildungsschulen sowie des Betriebes der höheren Schulen ist dabei gar nicht gedacht, zur Beurteilung dieses Gegenstandes sei angeführt, daß sich der Gesamtetat des preußischen Kultusministeriums für Unterrichtszwecke auf 240 Millionen Mark beziffert.

Für Preußen stellten sich nach der Rechnung für 1915:

die Einnahmen aus Erwerbsbetrieben noch auf	3250	Millionen	Mark
" " " Steuern	474	"	"
" " " Gebühren	92	"	"
Bergütungen der Reichskasse	38	"	"
Sonstige Einnahmen	149	"	"
Einnahmen aus der Reichskasse	144	"	"
Bestand des Vorjahres	167	"	"
	4314	Millionen	Mark

Daraus waren zu bestreiten:

Die Ausgaben der Erwerbsbetriebe mit	2421	Millionen	Mark
Der Zinsendienst	517	"	"
Der sonstige Bedarf	1075	"	"
	4013	Millionen	Mark

Der sonstige Bedarf zerfiel im einzelnen unter anderem:

in die Forderungen des Finanzministeriums mit	168	Mill.	Mark
" " " " Ministeriums der öffentlichen Arbeiten	62	"	"
" " " " " für Handel usw.	20	"	"
" " " " " " Rechtspflege	188	"	"
" " " " " des Innern	150	"	"
" " " " " für Domänen usw.	75	"	"
" " " " " der geistlichen Angelegenheiten	279	"	"
	933	Mill.	Mark

Unter den Erwerbseinnahmen und dahin entfallenden Betriebsausgaben kommen insbesondere die Staatseisenbahnen mit einer Roheinnahme von rund 2500 Millionen Mark und einem Überschuß von 672 Millionen Mark; die Forsten mit 72 und die Bergwerke mit rund 38 Millionen Mark Überschuß in Betracht.

Über Einnahmen dieser Art dürfte Neupolen, abgesehen von dem auf die Abtretungsgebiete entfallenden Teil kaum verfügen, während man für den „sonstigen Bedarf“ mit einem Ansatz von etwa der Hälfte oder unter Weglassung der Domänen mit einer Anschlagssumme von 430 Millionen Mark — für 20 Millionen Einwohnern — zu einem der Wirklichkeit gegenüber vertretbaren Ansatz gelangen dürfte.

Hierbei sind indessen die in Deutschland vom Reich zu bestreitenden Ausgaben und unter diesen insbesondere die Anforderungen für Heer und Flotte nicht mit in Rechnung gestellt worden. Die Flotte, die Polen sich schaffen will, würde nach den vorliegenden Pressmeldungen ungefähr derjenigen gleich zu setzen sein, die man uns in Deutschland nach den Friedensbedingungen künftig belassen will. Der Gelbansatz stellt sich für diese nach dem Nachtragshaushalt für 1919 in Berücksichtigung der gegenwärtigen Preise für ein Halbjahr auf 82 Millionen Mark. Es wird zulässig erscheinen, die Geldverpflegung geringer anzusetzen, da Polen die allgemeine Wehrpflicht beibehalten dürfte, doch wird man unter einen Jahresumsatz von 150 Millionen Mark nicht heruntergehen können. Landanlagen wird der neue Staat auf der Danziger Werft in geeignetem Ausmaß vorfinden, die Schichau-Werft und die Engländer werden auch gewiß gern bereit sein, die nötigen Schiffe zu liefern, doch wird, wenn man die Schiffe in absehbarer Zeit zu Wasser bringen will, ein Jahresaufwand von 120 Millionen Mark für die ersten 4 Jahre kaum zu umgehen sein, während für die Ersatzbauten in Zukunft ein Ansatz von 25 Millionen Mark genügen dürfte. Die Heeresverwaltung erfordert in Deutschland im letzten Friedensetat an laufenden Ausgaben 870 Millionen Mark ohne die bayrische Quote oder auf den Kopf verteilt 15 Mark. Der polnische Heeresetat würde sich demnach bei den früheren Friedenspreisen auf 300 Millionen Mark und in Anbetracht der Teuerung auf mindestens 450 Millionen Mark stellen, so daß, wenn man für das Heer vor einmaligen Ausgaben abzieht, ein Jahresaufwand von 720 Millionen Mark — die Valutafrage außer Betracht gelassen — zum Etat zu bringen sein würde. Die übrigen Ansätze des Reichshaushaltsetats wird man, als in dem nach preussischen Voraussetzungen bemessenen Voranschlag enthalten, außer Betracht lassen können, nur für Post und Telegraphie würden etwa 250 Millionen Mark, für Pensionen etwa 50 Millionen Mark in Ansatz zu bringen sein, so daß sich der Gesamtetat auf 1450 Millionen Mark stellen würde. Hierzu werden indessen noch mindestens 50 Millionen Mark für Eisenbahnen und Begebauten zu rechnen sein, wenn man in dieser Beziehung zu erträglichen Verhältnissen gelangen will. Einnahmen aus Erwerbseinkünften sind, wie erwähnt, im neuen Polen jedenfalls nur in verschwindendem Maße vorhanden, indem das Eisenbahnetz zunächst kaum Erträge abwerfen wird, Bergwerke und Domänen nur in bescheidenem Ansatz in Rechnung zu stellen sind, und die Forsten, wie oben angeführt, derartig verwüstet sind, daß eine Ausbeute auf diesem Wege nicht zu erhoffen ist. Der Staatshaushalt mit 1½ Milliarden Mark würde hiernach jeden Kopf der Einwohner mit 75 Mark belasten. Ein Schuldendienst ist bei diesem Anschlag nicht in Rechnung gestellt, ebenso sind die Aufwendungen der Gemeinden außer Betracht gelassen, von denen nach dem oben erwähnten Aussatz von Zitzlaff die kleinen Ortschaften in den preussisch-polnischen Gebieten mit etwa 125 Prozent der staatlichen Lasten in Anspruch genommen wurden.

Ein Vergleich mit der deutschen Belastung, wie sie vor dem Kriege bestand, ist schwierig; die durch den Krieg geschaffene Sachlage, die einstweilen noch nicht zu übersehen ist, wird allerdings der Voraussicht nach erschreckende Zahlen mit sich bringen, doch sind gerade diese nicht geeignet, einen Standpunkt zur Beurteilung der Verhältnisse zu gewinnen, denen unsere Landsleute in den Abtretungsgebieten und mit diesen das Polentum sich gegenüber sehen werden.

In den Zöllen, aus deren Erträgen das deutsche Reich die Unkosten von Heer und Flotte bestritt, kann eine eigentliche steuerliche Belastung nicht wohl erblickt werden, denn die Tatumstände, vermittelt deren sie im Wirtschaftsleben ihre Druckwirkung äußern, sind so vielgestaltig, daß bogenlange Erläuterungen

nicht genügen würden, hierüber Klarheit zu gewinnen. Fest steht nur, daß die rechnerisch ermittelte Kopfbelastung wertlos und nicht geeignet ist, zur Beurteilung des wirtschaftlichen Druckes auf die einzelnen Haushaltungen herangezogen zu werden. Diese Kopfziffer stellt sich auf annähernd 23 Mark, der Rohertrag an Staatssteuern im preußischen Staatsgebiete wurde in Friedenszeiten auf rund 13 Mark für den Kopf berechnet, schlägt man hierzu als Durchschnitt 125 Prozent als Kommunalsteuern, so ergäbe sich eine rechnungsmäßige Belastung von 55,25 Mark für den Kopf, denen allein an staatlichen Steuern in Polen 75 Mark gegenüber zu stellen sein würden. Eine Entlastung seines Staatshaushalts durch Zölle wird Polen kaum erreichen können, da die eigenen Hilfsquellen des Landes zu gering sind, als daß Schutzzölle anwendbar wären, während indirekte Steuern hier mit unverhältnismäßiger Schwere drücken, und eine Abwälzung auf tragfähige Schultern kaum zu erreichen sein würde.

In den Abtretungsgebieten stellte sich aber, wie oben erläutert, die steuerliche Kopfbelastung bisher nur auf durchschnittlich 7 Mark, sie blieb also hinter der sonstigen Durchschnittsbelastung um 6 Mark zurück. Rechnet man hierzu den Kopfzoll und die 125 Prozent Kommunalsteuern, so gelangt man zu einer Kopfbelastung von 42 Mark, die bisher getragen, und nach Bizlaff als sehr drückend befunden wurde. Zieht man gegenüber dieser Kopfbelastung die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung in Betracht, bei denen für die Einkommen über 3000 Mark nur durchschnittlich drei Prozent der Steuerträger übrig bleiben, so ergibt sich, daß schon die dem Gesetz entsprechende Verteilung einer Kopfbelastung von 42 Mark ihre sehr großen Schwierigkeiten haben mußte, während eine solche von 75 Mark an die dünne wohlhabende Oberschicht vollkommen unerträgliche Anforderungen stellen müßte.

Muß diese Sachlage als zutreffend angenommen werden, und eine wesentlich günstigere Beurteilung dürfte auch mit anderen rechnerischen Unterlagen kaum zu erreichen sein, so ergibt sich als nächste Folge, daß das gegenwärtig in Polen sich betätigende fremde Kapital in größter Eile versuchen wird, diesen ungasflichen Strand zu verlassen, auf dem es eine reiche Ernte goldener Früchte einzuheimen erhofft hatte. Den Zurückbleibenden aber droht der Voraussicht nach in gar nicht allzu weiter Ferne der völlige Zusammenbruch, den auch eine noch so kühne Anleihepolitik nur für die kürzeste Frist wird aufhalten können.

Könnten wir einen solchen Tatbestand mit einiger Schadenfreude begrüßen, so müßten wir um so mehr unsere deutschen Landsleute in den Abtretungsgebieten bedauern, die den Verlust ihrer deutschen Staatsangehörigkeit noch außerdem mit einer nahezu unerträglichen Steuerbelastung werden bezahlen müssen. Auch für die Arbeiterschaft deutscher sowohl wie polnischer Abstammung träte eine sehr bedauerliche Verschlechterung ein, da eine Sozialgesetzgebung für Russisch-Polen jedenfalls bisher nicht vorhanden war, und bei der Unzulänglichkeit der staatlichen Mittel die Gleichmacherei jedenfalls sich nicht in einer Ausdehnung der staatlichen Fürsorge, sondern in einem allmählichen Verfall der aus Deutschland übernommenen Einrichtungen äußern würde.

Moritz Jaffé schloß seine Geschichte der Stadt Posen mit einem Ausblick auf die Zukunft ab, deren Herannahen man nur mit verschränkten Armen erwarten könne; daß diese Zukunft so bald schon in so verhängnisvoller Weise über uns hereinbrechen würde, hat auch er nicht voraussehen können.

Für das deutsche Reich und die preußische Regierung bleibt jetzt, nach der Preisgabe der Ostmark, tatsächlich kaum etwas anderes übrig, als der Entwicklung mit verschränkten Armen zuzusehen. Wohin die Entwicklung führen wird, liegt verborgen in der Zeiten Schoß. Sie wird im wesentlichen beeinflusst werden von den Beziehungen der Deutschen und Polen in Neupolen selbst. Je besser die Polen mit der deutschen Bevölkerung verfahren werden und je weniger sie sie in ihrem Besitz an materiellen und geistigen Gütern antasten, um so größer wird die Aussicht sein, das Land schon in wenigen Jahren zu polonisieren, da ein zufriedenes Deutschtum auch der beste Mitarbeiter am Aufbau des polnischen Staates sein wird!